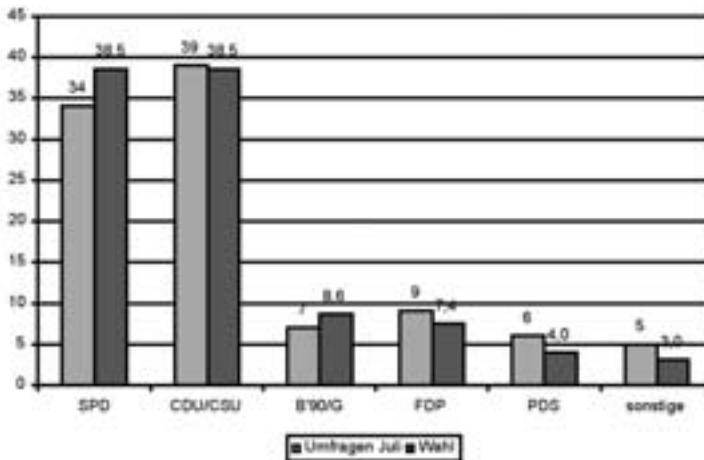


DIETMAR WITTICH

Schlüsselproblem: Politische Kultur Zum Wahlergebnis der PDS

Die Unzufriedenheit mit der Politik auf Bundesebene war groß im Wahljahr in der Gesellschaft der Deutschen. Entsprechend war die Akzeptanz der rosa-grünen Regierungsparteien relativ niedrig und wurde vom Zuspruch zu den schwarz-gelben Oppositionsparteien übertroffen. Auch die PDS schien davon zu profitieren, vor allem ihr konsequentes Eintreten gegen Krieg und Kriegseinsätze deutscher Soldaten hatte ihr im Laufe des letzten Jahres einen Akzeptanzgewinn gebracht. So war es, bis das Hochwasser kam. Als es abgeflissen war, war die Unzufriedenheit im Lande nicht geringer, aber der Vorsprung der Oppositionsparteien war dahin. Am Ende – im Ergebnis der Wahlen – waren die alten Regierungsparteien auch wieder die neuen, die Konservativen und die Liberalen hatten sich stabilisiert, konnten aber eine Mehrheit nicht erreichen. Die Linkssozialisten blieben deutlich unter 5 Prozent und sind im Parlament nur durch zwei direkt gewählte, fraktionslose Abgeordnete vertreten. So ließe sich der politische Vorgang zusammenfassen.

Sonntagsfrage im Juli 2002 und Wahlergebnis Prozent



Quelle für Juli: Bei EMNID erworbene Daten.

Dietmar Wittich – Jg. 1943; Dr. phil., Soziologe, arbeitet im Projekt »Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland«, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird, und in der Redaktion von UTOPIE kreativ. Verschiedene Veröffentlichungen zu soziologischen Themen, unter anderem: »Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen«, Hamburg 2001. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Operation Anaconda und die ahnungslosen Deutschen, Heft 138 (April 2002).

Objektiv existiert in der Gesellschaft eine Gemengelage ungelöster Probleme und Konflikte

Eine Gemengelage ungelöster Probleme und Konflikte.

Allen Versicherungen der offiziellen Statistik zum Trotz werden in der Bevölkerung seit der Einführung des Euro inflationäre Tendenzen wahrgenommen. Die Krisentendenzen in der Volkswirtschaft halten an. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und vor den Wahlen wieder über vier Millionen angestiegen, die »stille« Reserve konnte auch nicht reduziert werden, aber sie ist so still, daß niemand über sie redet. Der Staatshaushalt ist auf allen Ebenen defizitär. Deutsche Soldaten befinden sich in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf dem Balkan und anderswo im Einsatz, was ein großer Teil der Bevölkerung ablehnt. Die soziale Ungleichheit wächst, die Armen werden immer mehr und immer ärmer, die Reichen werden immer reicher. Die sozialen Risiken wachsen und reichen mittlerweile bis in die soziale Mitte der Gesellschaft hinein. Im internationalen Vergleich erweist sich das deutsche Bildungssystem als rückständig. Die kulturelle Infrastruktur – von den großen Opernhäusern bis zu den kleinen Projekten – ist durch Streichungen bedroht. Das Gesundheitswesen bedarf dringend Reformen. Immer wieder werden giftige Substanzen in der Nahrungskette entdeckt. Bei der Altersvorsorge ist begonnen worden, das Solidarprinzip (gemeinsame Finanzierung durch »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber«) aufzuheben, sie kann nur gesichert werden durch die permanente Mehrbelastung der privaten Haushalte der Lohnabhängigen.

Daß sich diese Probleme bündeln, ist teilweise durch mangelnde Kreativität und Fehlentscheidungen der politischen Eliten in Deutschland bedingt. Aber insgesamt handelt es sich um ungelöste Folgeprobleme umfassenderer gesellschaftlicher Umbauprozesse. Im Zusammenhang mit revolutionären technologischen Entwicklungen (von den Informations- und Kommunikationstechnologien bis zur Gentechnik) sind Konzentrationsprozesse des Kapitals, ein Umbau der wirtschaftlichen Strukturen und Strukturveränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und damit zugleich neue Widersprüche in Gang gesetzt, die mit objektiver Notwendigkeit der Lösung bedürfen. In der Politik dominieren neoliberale Konzepte. Interessant ist, daß es darüber in der Öffentlichkeit keine Diskussion und keine politische Auseinandersetzung gibt. Im politischen Alltag regiert die »Stückwerktechnologie«.

In der Politik hat sich Karl R. Poppers Konzept des »piecemeal engeneering« durchgesetzt. (Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Tübingen 1992)

Daran hat sich auch in vier Jahren Regierung von SPD und Grünen wenig bis nichts geändert. Der Gegensatz von anhaltendem Reformstau und regierungsamtlicher Erfolgshetorik hat in Teilen der Öffentlichkeit den Begriff sozial orientierter Reformprojekte überhaupt gründlich diskreditiert.

Deshalb sah es bis zum Juli so aus, als würden sich CDU/CSU als stärkste politische Kraft erweisen können, sie lagen zu diesem Zeitpunkt deutlich vor der SPD. Zwischen Mitte August und Mitte September aber veränderte sich das Kräfteverhältnis. Mit hoher Intensität wie bei keiner Wahl zuvor hat die Meinungsforschung in Deutschland die Phase des Wahlkampfes analytisch begleitet. Aus diesem Material läßt sich rekonstruieren, wie sich die Stimmungslage im Lande gestaltet hat.

Große Aufmerksamkeit erregten der Rücktritt von Gregor Gysi von seinen Ämtern als Wirtschaftssenator und Bürgermeister in

Berlin im Zusammenhang mit der »Bonusmeilen-Affäre« und seine Erklärung, sich überhaupt aus der Politik zurückziehen zu wollen. Die Meinungen dazu waren in der Öffentlichkeit gespalten.

Meinungen zur Bonusmeilen-Affäre und zum Rücktritt von Gregor Gysi und seinem Rückzug aus der Politik

Prozent zeilenweise

	ja	nein	k. A.
Rücktritt angemessen	47	48	5
Affäre ist Wahlkampf	61	32	7
Rückzug bedauern	48	46	7

Fast zwei Drittel waren ohnehin der Meinung, daß es sich bei der Affäre um Wahlkampfaktik handelte. Knapp die Hälfte hielt den Rücktritt für angemessen, die andere Hälfte sah darin keine angemessene Reaktion. Ebenfalls knapp die Hälfte bedauerte seinen Rückzug aus der Politik. Im Osten und vor allem im Umfeld der PDS war die Stimmung noch deutlich positiver für Gysi.

Zum Gysi-Rücktritt waren die Meinungen gespalten.

Ein weiteres gewichtiges Thema in dieser Phase des Wahlkampfes war der Krieg in Afghanistan und die Kriegsbeteiligung und andere Auslandseinsätze von Angehörigen der Bundeswehr. Durch die öffentlichen Erklärungen des Bundeskanzlers und anderer Politiker der SPD und der Grünen gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak wurde zum einen seitens der Regierungsparteien eine Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung hergestellt, obwohl der Anteil derer sehr hoch war, die diese Erklärung vor allem für Wahlkampfaktik hielten. Zum anderen wurde dieses Thema damit faktisch an den Rand gedrängt und verschwand aus der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

Ausgewählte Themen in der öffentlichen Meinung

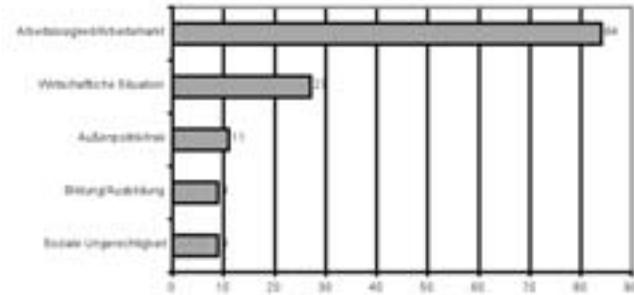
Prozent zeilenweise

	ja	nein	k. A.
Ablehnung deutscher Beteiligung bei Krieg gegen Irak	71	26	3
Ablehnung der Kriegsbeteiligung ist Wahlkampfaktik	58	38	4
Finanzierung Hochwasserfolgen über Steuern	54	40	6
wirtschaftlicher Aufschwung kommt	28	71	1
Zuwanderung ein gutes Wahlkampfthema	39	55	6
Rot-Grün mit Hilfe der PDS statt große Koalition	23	71	7

Das Hochwasser hat über Wochen hinweg die öffentliche Meinung dominiert, es war eine Katastrophen-Serie als Real-TV. Zunehmend wandte sich dann jedoch die Aufmerksamkeit der Frage zu, wie die Folgen des Hochwassers zu finanzieren sind. Mit der Aussage, dazu die Steuerreform aufzuschieben, damit im nächsten Jahr höhere Einkommensteuern zu erzielen als geplant, sowie die Körperschaftsteuer anzuheben, war auch dieses Thema aus der öffentlichen Debatte.

Wichtigste Probleme

Prozent



Quelle: infratest dimap

Der Versuch der CDU/CSU, mit dem Thema der Zuwanderung wieder stärkere Aufmerksamkeit zu erreichen, war kaum von Erfolg gekrönt. Die PDS rückte vor allem im Zusammenhang mit der Koalitionsfrage wieder in die öffentliche Wahrnehmung und nicht mit politischen Inhalten und Projekten.

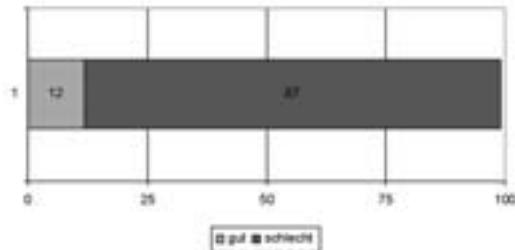
Die Stimmungslage veränderte sich.

Damit war die Stimmungslage in der Gesellschaft in den Wochen vor den Wahlen insgesamt widersprüchlich. In der Problemwahrnehmung hatten Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Situation deutliche Priorität, andere Problemkomplexe erschienen diesen gegenüber deutlich nachgeordnet. Das betraf auch die Probleme der Bildung und der sozialen Ungerechtigkeit.

Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Prozent

Wirtschaftliche Lage



Erwartungen der künftigen wirtschaftlichen Lage



Quelle: infratest dimap

Aber auch bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage selbst sind Widersprüche nicht zu übersehen. Während eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent die aktuelle Lage als schlecht betrachtete und nur 12 Prozent sie für gut hielten, wurden die Zukunftsaussichten deutlich optimistischer gesehen. 42 Prozent erwarteten eine Verbesserung, weitere 36 Prozent meinten, sie bliebe gleich, und nur 17 Prozent rechneten mit einer Verschlechterung.

Diese Stimmungslage mit der deutlichen Prioritätensetzung auf Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung bildete den Hintergrund für den Lagerwahlkampf und seine Individualisierung: CDU/CSU und FDP mit Stoiber hier und SPD und Grüne mit Schröder da. Die PDS kam in dieser Konstellation nicht vor, wenn auch 29 Prozent der Wahlberechtigten dafür waren, daß sich Schröder auch mit ihren Stimmen zum Bundeskanzler wählen lassen könnte.

Wie aus dieser Stimmungslage heraus die Wahlen letztlich ausgegangen sind, hängt auch mit den Kompetenzen zusammen, die den Parteien in der öffentlichen Meinung zugeschrieben werden.

In Wirtschaftsfragen und bei der Arbeitsmarktpolitik werden CDU/CSU am relativ häufigsten als kompetent angesehen, das sichert ihnen starke Positionen, aber das allein macht es offensichtlich auch nicht. Die Grünen gelten wie immer als kompetent für Umweltpolitik, aber mit Verbraucherschutz ist ein weiteres profilbestimmendes Kompetenzfeld hinzugekommen. Auf den meisten Gebieten liegt die SPD vorn. Das kann gedeutet werden, daß auch die Breite der politischen Handlungskompetenzen eine Rolle spielt. Vor allem – und das hat wesentlich zum Ergebnis beigetragen – gilt die SPD als kompetent für die Lösung von Zukunftsproblemen.

Kompetenzen der Parteien.

Kompetenzen der Parteien

Prozent zeilenweise

Auswahl	SPD	CDU/CSU	B90/G	FDP	PDS	keine
Wirtschaftsstandort	30	50	2	2	1	4
Arbeitsplätze	38	41	1	4	1	10
soziale Gerechtigkeit	52	25	5	4	5	4
gute Familienpolitik	46	31	8	4	2	3
gute Steuerpolitik	42	34	1	9	1	6
gute Gesundheitspolitik	37	31	8	5	2	8
gute Umweltpolitik	14	15	60	2	1	2
Verbraucherschutz	30	21	32	3	1	2
Zukunftsprobleme lösen	39	34	3	4	1	9

Quelle: *infratest dimap*

Der PDS werden nur geringe Kompetenzen zugeschrieben. Allenfalls wird sie noch mit sozialer Gerechtigkeit in Zusammenhang gebracht, aber auch diese 5 Prozent liegen deutlich unter früher gemessenen Werten. Vor allem gilt sie kaum als Partei mit Kompetenzen für die Lösung von Zukunftsproblemen. Nicht einmal die Mehrheit der eigenen Wählerinnen und Wähler setzt die PDS in Beziehung zu Zukunftserwartungen, -plänen und -ängsten.

Auch die Sichtweise auf Personen, ihre öffentliche Bewertung, spielt eine Rolle. Auffällig ist, daß Politiker der Grünen (Fischer, Künast) und der SPD (Schily und Schröder) in der Zufriedenheit der Öffentlichkeit (zum Teil deutlich) vor dem Personal von CDU/CSU und FDP rangieren.

Aber während mit den am kritischsten bewerteten Politiker der SPD (Müller und Riester) immerhin noch ein Drittel zufrieden ist, sind es nur 14 Prozent, die sich zufrieden mit PDS-Politikern äußern.

Auch die Zuspitzung auf die Spitzenkandidaten hat zum Wahlausgang beigetragen. 65 Prozent halten Gerhard Schröder für einen guten Bundeskanzler, seine Akzeptanz geht also weit über die Wählerschaft der SPD hinaus. 58 Prozent würden Gerhard Schröder direkt zum Bundeskanzler wählen, wenn das möglich wäre, Edmund Stoiber nur 34 Prozent.

In den letzten Wochen des Wahlkampfes holte die SPD nicht nur auf, sie lag nach den Umfrageergebnissen vor CDU/CSU. Die Grünen konnten sich in dieser zeitlichen Entwicklung verbessern, für die FDP zeichneten sich Rückgänge ab. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Rücktritt von Gregor Gysi rutschte die PDS unter die 5 Prozent. Im September sah es so aus, als könne sie sich leicht erholen, aber die ermittelten Werte lagen zu keinem Zeitpunkt mit der vollen Schwankungsbreite der Irrtumswahrscheinlichkeit über 5 Prozent.

Für die PDS gibt es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Schritt von Gregor Gysi und einem deutlichen Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Dessen Rücktritt wirkte gleichsam als Initialzündung für den Niedergang der PDS. Daß es bis zu den Wahlen dabei blieb, hängt zum einen mit Prioritäten in der Stimmungslage und sicher auch mit dem Lagerwahlkampf zusammen, wodurch die PDS an den Rand gerückt wurde, aber zum anderen auch mit der Wahrnehmung ihrer politischen Substanz. Der PDS wurden in den letzten Wochen vor den Wahlen nur in sehr geringem Umfang Kompetenzen zugeschrieben, und auch ihr Personal wurde wenig wahrgenommen. Die Konstellationsfrage wurde zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zur Sprache gebracht, nämlich als die SPD ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis bereits deutlich hatte wieder verbessern können. Mit politischen Themen und Positionen konnte die PDS kaum in die Öffentlichkeit kommen. Nach dem Rücktritt von Gysi entstand von der PDS ein unklares Bild, es zeigte sich, daß ein politisches Profil der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden konnte. Hinzu kam verstärkend, daß Meinungsverschiedenheiten und innerparteiliche Querelen öffentlich wurden und damit das häßliche Bild der »SED-Nachfolgepartei« wieder stärker Nahrung erhielt. Wenn das richtig ist, dann bedeutet es, daß die PDS vor allem an ihrer politischen Kultur arbeiten muß.

Der Anteil der Unentschlossenen, das heißt derer, die nicht wußten oder nicht angaben, ob und welche Partei sie wählen werden, blieb die ganze Zeit über ungewöhnlich hoch. Er lag zwischen 18 und 20 Prozent, vier Tage vor der Wahl betrug dieser Anteil immer noch 16 Prozent der Wahlberechtigten.

Diese Tendenzen insgesamt waren für das Abschneiden der PDS von ausschlaggebender Bedeutung. Die Zuwächse für SPD und Grüne gingen damit einher, daß die PDS an diese Parteien Wähler

»Schon wenige Tage nach der Verlautbarung des endgültigen Wahlergebnisses wurden Stimmen laut, die den Bedeutungsverlust der linkssozialistischen PDS in der deutschen Politik bedauern. Die Politik der Bundesrepublik ist ärmer geworden. Vor allem: Sie ist trotz der prolongierten rot-grünen Koalition nach rechts gerückt.«
(Walter Baier in:
Volksstimme vom
26. September 2002)

verlor – an die SPD im Osten, an die Grünen im Westen. Ausschlaggebend war schließlich, daß es der PDS nicht gelang, aus dem Teil der zuvor Unentschlossenen, die dann doch zur Wahl gingen (insgesamt etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten), für sich Wähler zu mobilisieren.

Die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen zeigen sich detailliert in den Wählerwanderungen

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Wählerströme. Die Zahlen in den Spalten geben Auskunft über das Wahlverhalten der Wählerschaften der Parteien von 1998 bei den diesjährigen Wahlen. Die Zeilen informieren darüber, aus welchen Potentialen sich die aktuelle Wählerschaft rekrutiert. Abweichungen vom amtlichen Endergebnis resultieren aus Rundungen.

Wählerwanderungen

Wählerwanderung 1998-2002 in Tausend

1998 2002	SPD	CDU	B90/G	FDP	PDS	andere	Nicht- wähler	Erst- wähler	Zuge- zogene	Summe
SPD	13.470	870	570	270	510	320	1.340	920	210	18.480
CDU	1.990	12.690	150	830	90	480	1.450	670	120	18.470
B90/G	1.070	150	1.960	130	100	100	240	270	60	4.080
FDP	610	810	70	1.270	40	140	330	210	40	3.520
PDS	220	40	100	20	1.220	50	130	90	20	1.890
andere	190	170	40	40	30	730	130	110	20	1.460
Nichtwähler	1.400	1.260	300	320	390	930	7.220	1.010	570	13.400
Gestorbene	1.100	1.210	80	188	130	110	460	0	0	3.270
Weggezogene	120	100	30	20	30	30	130	0	0	460
Summe	20.170	17.300	3.300	3.080	2.540	2.890	11.430	3.280	1.040	65.030

Quelle: infratest dimap

Von den reichlich 2,5 Millionen Wählerinnen und Wählern, die die PDS 1998 hatte, haben sie 1,2 Millionen auch bei diesen Wahlen wieder gewählt. Das ist eine Wiederwahlquote von 48 Prozent. 1998 hatte die PDS eine Wiederwahlquote von 65 Prozent, sie hatte damit den größten Stammwähleranteil von allen Parteien. In diesem Jahr ist sie deutlich hinter die CDU/CSU mit einer Wiederwahlquote von 73 Prozent, die SPD mit 67 Prozent und die Grünen mit 59 Prozent zurückgefallen. Sie kann zwar auch Zuwanderungen verzeichnen, aber in den meisten Positionen bleibt der dadurch erreichte Gewinn hinter den Verlusten zurück.

1998 hatte die PDS ein positives Wanderungssaldo zu den Parteien, nur zu den sonstigen Parteien gab es einen Verlust. Für die Wahlen vom 22. September 2002 hat die PDS nahezu durchweg Verluste zu verzeichnen.

Zu den Parteien gibt es die größten Verluste der PDS gegenüber der SPD, 1998 hatte sie noch einen Wanderungsgewinn von 80 000, jetzt ist es ein Verlust von 290 000. Auch von der CDU gab es 1998 noch einen Wanderungsgewinn von 90 000, jetzt wurden an sie 50 000 verloren. Selbst an die FDP, von der 1998 noch 10 000

gewonnen worden waren, gibt es jetzt einen Verlust von 20 000. Gegenüber den Grünen, von denen es 1998 noch einen Gewinn von 40 000 gegeben hatte, ist das Saldo diesmal ausgeglichen. An die sonstigen Parteien waren 1998 noch im Saldo 50 000 verloren worden, 2002 gibt es einen Gewinn von 20 000.

1998 war es der PDS noch gelungen, 190 000 vorherige Nichtwähler mehr für sich zu gewinnen, als aus ihrer vorherigen Wählerschaft damals den Wahlen ferngeblieben waren. In diesem Jahr gibt es unter dem Strich einen Verlust von 260 000, 390 000 PDS-Wähler von 1998 haben in diesem Jahr nicht gewählt. Dem stehen 130 000 gegenüber, die 1998 nicht gewählt hatten und sich nun für die PDS entschieden. 1998 war die Bilanz zwischen Gestorbenen und Erstwählern noch positiv, es gab 60 000 mehr Erstwählerstimmen als Verluste durch Todesfälle. Auch dieses Saldo ist in diesem Jahr negativ, der Verlust beträgt 40 000. Die PDS hat damit den niedrigsten Erstwähleranteil aller Parteien, selbst die sonstigen Parteien liegen insgesamt darüber, etwa ein Drittel der Erstwähler hat sich nicht an der Wahl beteiligt.

Stimmensplitting

Salden Wählerwanderung der PDS 1998-2002

in Tausend

	Saldo 1998	Saldo 2002
SPD	80	-290
CDU	90	-50
B90/G	40	0
FDP	10	-20
sonstige Parteien	-50	20
Nichtwähler	190	-260
Gestorbene/Erstwähler	60	-40
Weggezogene	10	-10
Summe	430	-650

Quelle: infratest dimap

»Schon im Vorfeld der Wahl prognostizierte der parteilose hessische Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der in diesem Wahlkreis PDS-Wahlkampf machte, ein solches Ergebnis. Wo sind die Visionen, wo ist analytisches Denken und wo ist eine klare sozialistische Aussage, wo sind Kandidaten mit Charisma, fragte er.« (Claudius Plawe in: UZ vom 4. Oktober 2002)

Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen der PDS

Ausgewählte Wahlkreise	Differenz
Märkisch-Oderland	-6.777
Potsdam – Potsdam-Mittelmark	-12.926
Halle	-7.159
Berlin-Pankow	-9.894
Berlin-Treptow	-9.746
Berlin-Marzahn – Hellersdorf	-14.558
Berlin-Lichtenberg	-14.699
Leipzig II	-8.082
Dresden I	-5.048
Gera – Saale-Holzland	-5.996
Suhl – Schmalkalden	-9.747

Quelle: Amtliches Endergebnis

1998 hatte die PDS rund 100 000 Zweitstimmen mehr, als sie Erststimmen hatte. Bei den Wahlen diesen Jahres hat die PDS knapp 163 000 mehr Erststimmen erhalten. Im Unterschied zu 1998, wo es sich vor allem um zusätzliche Stimmen für die Direktkandidaten gehandelt hat, sind die Differenzen von diesem Jahr als Verluste zu charakterisieren, Stimmen für Einzelkandidaten sind bei der Listenvwahl zu anderen Parteien geflossen. Die Zahlen für ausgewählte Wahlkreise mit bekannten und/oder aussichtsreichen PDS-Kandidaten können das belegen.

Insgesamt haben 29 Prozent der PDS-Wähler ihre Stimme gesplittet, 22 Prozent zur SPD, 3 Prozent zu den Grünen und 4 Prozent zu den anderen Parteien.

Wie bei Vorwahlen hat die PDS auch bei den Bundestagswahlen vom 22. September Wählerinnen und Wähler in allen Gruppen der Bevölkerung gefunden. In einigen Gruppen hat sie jedoch besonders stark verloren.

Bei der Untersuchung sozialer Aspekte muß zunächst noch einmal auf die oben erwähnte Wiederwahlquote von 48 Prozent zurückgekommen werden. Sie bedeutet, daß *nicht einmal jeder zweite Wähler* von 1998 bei diesen Wahlen wieder die PDS gewählt hat. Die Verluste betreffen somit in erster Linie Stammwähler. Daß die PDS Stammwähler verlieren wird, war auch aus den Analysen vor den Wahlen ersichtlich. Darunter sind Männer und Frauen, sie kommen aus allen Altersgruppen, überdurchschnittlich häufig aber aus der älteren Gruppe, und es gibt einen hohen Anteil an Berufstätigen.

Regionale Vergleiche verweisen auf weitere Aspekte der Verluste der PDS. Sie verliert vor allem in den Siedlungstypen im Osten, in denen sie bisher am stärksten war, in großstädtischen Wahlkreisen und daneben auch in größeren bis mittleren Städten. Es handelt sich dabei um die früheren Bezirks- und Kreisstädte der DDR, in denen die frühere Dienstklasse der DDR (Mitarbeiter der staatlichen Organe und Verwaltungen, leitende Angestellte) lebt, deren Angehörige sich in den neunziger Jahren mit der PDS verbunden fühlten. Man kann daraus schlußfolgern, daß die PDS für diesen Teil der Bevölkerung, ihre Nachkommen und ihre Umfelder an Attraktivität verloren hat.

Auffälligkeiten
bei Stimmenverlusten.

Verluste der PDS in großstädtischen Wahlkreisen

Prozent

	Anzahl	Prozent
Berlin-Pankow	-6.859	-5,1
Berlin-Marzahn – Hellersdorf	-13.064	-5,3
Rostock	-16.312	-10,3
Potsdam – Potsdam-Mittelm.	-7.065	-5,5
Magdeburg	-15.678	-8,6
Dresden I	-12.919	-5,0
Chemnitz	-13.326	-4,7
Erfurt	-10.503	-6,7

Quelle: Amtliches Endergebnis

Die PDS hat darüber hinaus vor allem in Gruppen am stärksten verloren, die aus Erkenntnissen von Vorwahlen und aus Analysen als wichtige Zielgruppen für sozialistische Politik anzusehen sind: bei jungen Leuten, bei in Ausbildung Befindlichen, besonders bei jungen Frauen, bei höher Gebildeten, bei Angestellten generell, bei Selbständigen, bei Arbeitslosen und bei Menschen ohne kirchlichen Bindung. Man kann daraus schlußfolgern, daß sich damit Entwicklungen der letzten Jahre, in denen es der PDS zu gelingen schien, in die jungen, dynamischen und kreativen Potentiale der Gesellschaft vorzudringen, wieder umgekehrt haben.

Verluste der PDS in ausgewählten Gruppen

Prozent

1998-2002

18-24 Jahre	-3
Frauen 18-24 Jahre	-4
Frauen 25-34 Jahre	-2
Frauen 35-44 Jahre	-2
hohe Bildung	-2
Angestellte	-2
Selbständige	-2
Arbeitslose	-3
in Ausbildung	-3
konfessionslos	-4

Quelle: *infratest dimap*

»Die Niederlage hat die Parteiführung insgesamt zu verantworten. Wir haben sicher nicht zu wenig gekämpft, aber vielleicht zu viel miteinander. (Gabriele Zimmer in: *Neues Deutschland* vom 25. September 2002)

Die PDS hat auch in der Landschaft der sozialen Strukturen und der soziokulturellen Milieus flächendeckend verloren. Besonders groß sind die Verluste in folgenden Gruppen.

- Frauen: Schon vor den Wahlen war deutlich, daß es der PDS diesmal schlechter als in Vorwahlen gelingt, Frauen zu mobilisieren, einen mit 1998 vergleichbaren Mobilisierungseffekt in den letzten Tagen hat es diesmal nicht gegeben.

- Erstwähler und Jungwähler: Es ist bei diesen Wahlen der PDS nicht gelungen, für Erstwähler und junge Wähler interessant und attraktiv zu sein. Der Anteil dieser Wählerinnen und Wähler ist so niedrig wie noch nie zuvor und liegt weit unter dem der anderen Parteien.

- Junge, dynamische, qualifizierte Menschen (moderne Produzenten und Dienstleister): Das sind die Zukunftsgruppen, die die PDS im Osten und im Westen braucht, bei denen sie auch bis in den Sommer hinein schon begonnen hatte, Einfluß zu bekommen. Aber der ist in den letzten zwei Monaten vor den Wahlen wieder verlorengegangen.

- Menschen mit DDR-Biographie: Dieses Wählerreservoir wird schon aus natürlichen Gründen kleiner. Es gibt Anzeichen dafür, daß diesmal aber vor allem Angehörige der ehemaligen Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld sich von der PDS abgewandt haben. Die PDS verliert ihr Umfeld als Nachfolgepartei.

Die PDS hat in den Potentialen verloren, auf die sie sich bisher stützen konnte, das hat sie auf vier Prozent gebracht. Sie hat in erreichbaren neuen Wählerpotentialen nicht hinreichend viele mobilisieren können, um das auszugleichen, deshalb ist sie bei vier Prozent geblieben.

An der Gemengelage der Probleme und Konflikte in der Gesellschaft haben die Wahlen nichts verändert. SPD und Grüne haben die Wahlen kaum deshalb gewonnen, weil ihnen die Lösung der Probleme zugetraut wird, sondern weil Mehrheiten glaubten, daß sich eine solche Regierung mit etwas größerer Behutsamkeit zu ihnen verhalten werde. Für eine wirklich sozial orientierte Reformpolitik hätte es einer linken Opposition bedurft, zwei Einzelabgeordnete werden das schwerlich leisten können. Mit allen Parteien werden in der Öffentlichkeit gleichsam Markenzeichen assoziiert; die SPD steht für sozialen Frieden, die CDU für Wirtschaftskompetenz, die Grünen für Ökologie und die FDP für liberale Modernisierung. Die PDS hat für eine breitere Öffentlichkeit ein solches Markenzeichen bisher nicht ausprägen können. Es bedarf programmatischer und strategischer Arbeit, um klar stellen zu können, für welche Optionen von Gesellschaftsgestaltung sozialistische Politik steht. An der PDS ist es, den durchaus nicht wenigen Menschen mit gesellschaftskritischen Positionen eine Vorstellung zu vermitteln, wie sich sozialistische Politik den gesellschaftlichen Problemen stellen wird, wie sich sozialistische Politik zu den Lebensplänen und Zukunftsängsten dieser Menschen verhält. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, an der eigenen politischen Kultur zu arbeiten.

Nach den Wahlen und auf dem Geraer Parteitag hat die PDS in der Öffentlichkeit wieder das Bild geboten, sich vor allem mit sich selbst und mit internen Grabenkämpfen zu beschäftigen, traditionelle Argumentationsmuster wurden dabei wieder hervorgeholt. Die Konsequenzen sind absehbar: Nach aktuellen Umfragen setzt sich der Niedergang der PDS fort.

Wenn es richtig ist, daß diese Gesellschaft eine linke Partei braucht und die PDS sich dafür qualifizieren will, diese Aufgabe wahrzunehmen, dann muß sie sich konsequent und aktuell mit den Problemen dieser Gesellschaft auseinandersetzen, sie muß sich den gesellschaftskritischen Kräften öffnen und auf sie zugehen, nicht mit der Arroganz der professionellen Weltverbesserer, sondern um den Diskurs zu suchen und zu lernen. Wenn sozialistische Politik deutlich machen kann, daß sie für emanzipatorische Alternativen zur »Stückwerktechnologie« der verschiedenen Varianten der Umsetzung im Kern neoliberaler Konzepte steht, dann hat sie eine Chance.

An Programmatik und politischer Kultur arbeiten.

»Die Niederlagen der PDS bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wären reparabel und verkraftbar gewesen, ihr Geraer Parteitag wohl kaum.«

(Gregor Gysi in: *Neues Deutschland* vom 16. Oktober 2002)